Kommentar

Von
Wolfgang Braun

Proporz-Taktik

Man hätte wetten sollen, dass sich Oberösterreichs Landesparteien beim Thema Proporz ordentlich zu winden beginnen.

Abgesehen von den Grünen, die ein Ende des Proporzes befürworten, ist die Freude mit der Frage gering. SPÖ und FPÖ fürchten den Verlust von Einfluss und sind gegen einen Systemwechsel.

Die ÖVP hat sich für ein taktisches Manöver entschieden: Wenn Ende des Proporzes, dann soll

Durchsichtige Manöver statt Demokratiepaket

dies noch vor dem Sommer beschlossen werden und schon nach der Wahl im Herbst 2015 in Kraft treten. Die ÖVP will sich selbst aber noch nicht pro oder contra Proporz festlegen. Sie spekuliert, dass SPÖ und FPÖ unter Zeitdruck ihre Haltung ohnehin nicht ändern und sich das Thema damit – wie schon so oft – totläuft.

Der Druck auf eine rasche Entscheidung ist fragwürdig, weil es mit der Abschaffung des Proporzes allein nicht getan ist. Parallel dazu müssen die Kontrollrechte einer künftigen Opposition im Landtag massiv verstärkt werden. Und natürlich sollte man auch die Legislaturperiode von sechs auf fünf Jahre verkürzen – wie in den anderen Bundesländern. Dann hätte man ein Demokratiepaket, das den Namen verdient.

w.braun@nachrichten.at

Überblick

Lehrlinge im Parlament

Foto: RTS

WIEN. Nationalratspräsidentin **Doris Bures** (SP) hat eine Lehrlingsoffensive im Rahmen der Demokratiewerkstatt vorgestellt. Am 4. und 5. März werden 96 Lehrlinge am ersten Lehrlingsparlament teilnehmen. Wie beim Schülerparlament sollen sie als Abgeordnete Einblicke in die Parlamentsarbeit bekommen. An der Demokratiewerkstatt haben seit 2007 rund 72.700 Jugendliche teilgenommen.

Klage gegen Sanac

WIEN. Innerhalb der islamischen Organisationen gehen nach dem Beschluss des Islamgesetzes die Wogen hoch. Der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft, **Fuat Sanac**, warf der Muslimischen Jugend Österreich (MJÖ) vor, nicht deklarierte Gelder aus dem Ausland zu erhalten. Die MJÖ will nun Sanac klagen.

Kritik nach Pröll-Sager

WIEN. Mit der Frage „Wo sind wir denn?“ hat Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (VP) im ORF kritisiert, dass jedes Landgasthaus einen barrierefreien Zugang haben müsse. Behindertenvertreter reagierten empört und sprachen von „ungeschminkter Behindertenfeindlichkeit“ . Barrierefreiheit sei ein Menschenrecht, kein Gnadenakt.

Die rot-schwarzen Bildungsreform-Verhandler treffen sich heute unter der Leitung von Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SP). Foto: APA

Länder greifen nach Lehrer-Macht

Modell für neue Schulverwaltung wird heute in der Bildungsreformkommission präsentiert

Von Jasmin Bürger und Annette Gantner

WIEN. Am Montag wagte sich der erste SP-Bildungsverhandler aus der Deckung: Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl bestätigte, dass in der rot-schwarzen Bildungsgruppe ein Kompromiss zur Schulverwaltung bevorsteht.

Demnach sollen „alle Lehrer in die Kompetenz der Länder übersiedeln“, sagte Niessl. Es gebe „Signale von der Unterrichtsministerin“, so der Parteifreund von Gabriele Heinisch-Hosek, die auch gestern dazu noch schwieg.

Heute treffen sich die acht Reformverhandler von SPÖ und ÖVP. Bei dem Termin werden die Vorschläge aus der im Juli eingesetzten Experten-Arbeitsgruppe zur Schulverwaltung vorgelegt. Die Reform soll eine Bündelung der zersplitterten Kompetenzen für die Lehrer und mehr Autonomie für die Schulen bringen.

Derzeit sind für die Verwaltung der mehr als 70.000 Pflichtschullehrer die Länder zuständig, für die rund 22.000 Lehrer an höheren Schulen der Bund – der für alle Lehrer zahlt (siehe Grafik). Überschreiten die Länder den fixierten Stellenplan, zahlen sie zwar einen Ausgleich an den Bund – jedoch nicht in voller Höhe. Das kritisiert der Rechnungshof: Dem Bund entgingen so 30 Millionen Euro pro Jahr.

KOMPETENZEN IN DER SCHULVERWALTUNG

● Bund
● Land

	Pflichtschulen (Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen, Polytechnische Schulen)	Höhere Schulen (AHS, Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen)
Äußere Organisation der Schulen	● Grundsatzgesetze ● Ausführungsgesetze ● Vollziehung	●
Gesetzlicher Schulerhalter	Gemeinde, Gemeindeverband, Land	●
Lehrer-Dienstrecht	● Gesetzgebung ● Vollziehung	●
Diensthoheit über Lehrer	● Vbg, Tirol, Sbg, Ktn ● zumindest teilweise übertragen: Wien, NÖ, OÖ, Stmk, Bgld	●
Bezahlung der Lehrer	● zahlt ● refundiert Kosten	●
Verwaltungspersonal	Gesetzlicher Schulerhalter	
Schulaufsicht	●	●
Lehrerausbildung	●	●

Grafik: OÖN, APA, Quelle: APA/Rechnungshof

Oberösterreich ist ein Sonderfall: Der Landesschulrat ist dem Ministerium unterstellte Bundesbehörde und hat als solche die Diensthoheit über die Lehrer.

Im neuen Modell, das die Landeshauptleute forcieren, soll eine Bildungsdirektion als „eigenständige Behörde“ die Landesschulräte ersetzen. Leiter soll freilich weiterhin der Landeshauptmann sein, der einen amtsführenden Chef bestellen kann. Den Schulen wird mehr Personal-Autonomie zugebilligt – eine Steuerung durch die Bildungsdirektion soll aber bestehen bleiben. Wesentliche Neuerung wäre ein schärferes Controllingsystem des Bundes, der nur noch für die Rahmengesetzgebung zuständig sein soll.

Der Rechnungshof hat stets die Zusammenführung von Ausgaben-, Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung in einer Hand gefordert.

Braucht Zweidrittel-Mehrheit

Die Opposition müsste der Reform zustimmen, da es einer Verfassungsänderung und damit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament bedarf. Grünen-Bildungssprecher Harald Walser steht dem ablehnend gegenüber: „So eine Verländerung wird es mit uns sicher nicht geben“. Einen Ausbau der Schulautonomie befürwortet er aber.

Mehrheitsbeschaffer könnte die FPÖ sein: „Die Mehrgleisigkeit zwischen Bund und Ländern in der Schulverwaltung ist schlecht. Wir können uns eine vernünftige Länderregelung vorstellen“, sagt FP-Bildungssprecher Walter Rosenkranz. Das Argument, dass die Länder bei der Lehrerauswahl stärker auf das Parteibuch achten könnten, lässt er nicht gelten. Auch das Ministerium würde parteipolitische Entscheidungen treffen.

Proporz-Ende: Chefs von SPÖ und FPÖ blocken ab

SP-Chef Entholzer will zumindest nach der Wahl diskutieren – „Eine Änderung braucht Vorbereitung“, sagt er

LINZ. Zarte Pflänzchen in puncto Proporzabschaffung in der Landesregierung sieht Grünen-Klubchef Gottfried Hirz bei der SPÖ sprießen.

Hoffnung gibt ihm SP-Landesgeschäftsführer Peter Binder, der dieser Tage wiederholt hat, was er den OÖNachrichten schon vor einem halben Jahr gesagt hatte: Man könne über eine Abschaffung des Proporzes nachdenken – allerdings nur in einem Gesamtpaket mit einem massiven Ausbau der Kontrollrechte des Landtags.

Damit, wie von der SPÖ propagiert, auf die übernächste Wahl 2021 zu warten, sei aber keine Option, sagt Hirz. „Wir wollen diesen Systemwechsel vor der kommenden Landtagswahl.“

SP-Landesparteichef Reinhold Entholzer stutzt Hirz’ Hoffnung: „Nein, dafür sehe ich keine Chance“, sagt er im OÖN-Gespräch. Eine Änderung brauche Vorbereitung. „Das muss man ordentlich diskutieren.“

Legislaturperiode verkürzen?

Der Proporz habe auch seine Vorteile – das sehe man auf Gemeindeebene. Man müsse sich bemühen, zusammenzuarbeiten. Einer Diskussion nach der Wahl wolle er sich aber nicht verschließen. Gleichzeitig könne man dann auch über eine Verkürzung der Legislaturperiode von sechs auf fünf Jahre reden, sagt Entholzer.

Ohne Umschweife verteidigt wird das Proporzsystem von der FPÖ. Deren Landesparteichef Manfred Haimbuchner schlägt sogar vor, das Modell – wie in der Schweiz – auf die Bundesregierung auszudehnen. „Dann ist es nicht mehr möglich, die FPÖ auszugrenzen.“ Für ihn persönlich wäre es einfacher, nur Oppositionschef im Land zu sein, meint Haimbuchner. Ab einer gewissen Größe sollten Parteien aber Verantwortung übernehmen.

Vier Parteien in der Landesregierung: Oberösterreichs Proporzsystem (Land OÖ)

Andere Länder, andere Einstellung

Dass ihre Parteikollegen in anderen Bundesländern (die SPÖ in Kärnten, der Steiermark und dem Burgenland; die FPÖ in der Steiermark und dem Burgenland) gerade dabei sind, die dortigen Proporzregierungen zu beenden, ficht Entholzer und Haimbuchner nicht an. „Dort hat man auch länger diskutiert und das nicht ein halbes Jahr vor der Wahl entschieden“, sagt Entholzer. „Ich bleibe dabei: Ich halte unser System für richtig“, sagt Haimbuchner. *(mst)*